



Romane Aglonipe e.V.
- Roma in Niedersachsen -

c/o Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, D 30161 Hannover

DOKUMENTATION

Chachipe berichtet 10.07.2012 mit einem „Courrier Du Kosovo“ (Brief aus dem Kosovo) über aktuelle Trends der Reintegration und Visaliberalisierung. Die deutsch-sprachige Version wurde von uns sprachlich leicht ergänzt.

Kosovo: Rückübernahmeabkommen, eine menschliche und soziale Katastrophe

von Serbeze Haxhiaj, dem Chachipe-Korrespondenten in Prishtina

übersetzt von Belgzim Kamberi

online-Version: Di 10. Juli 2012

Jedes Jahr schicken westliche Staaten Tausende von Menschen auf Grundlage der Rückübernahmeabkommen nach Kosovo zurück. Trotz der Versprechungen der Behörden in Pristina, haben die meisten von denen, die wieder aufgenommen wurden, darunter viele Roma, nichts, keine Wohnung, keine Arbeit, keine soziale Unterstützung, keinen Zugang zu Bildung. Viele sprechen kein Albanisch und haben keine Ausweispapiere, was Zweifel an ihrer realen Verbindungen zum Kosovo hervorruft.

Emir Berisha sprach wenig albanisch, als er an einen kalten Januartag auf dem Flughafen von Prishtina landete. Alles schien noch härter als zuvor. Nach einer Nacht in einem Hotel in der Nähe des Flughafens fand er sich mit seiner Familie auf der Straße. Seine zwangsweise Rückkehr nach Deutschland zusammen mit seiner Mutter und drei Schwestern - nach 16 Jahren in Deutschland, war eine Folge der Rückübernahmeabkommen zwischen Kosovo und Deutschland, die als eine Baustein für die Visaliberalisierung unterzeichnet worden waren.

Seine Eltern, Roma aus Kosovo Polje / Fushe Kosova, waren vor zwanzig Jahren nach Deutschland ausgewandert, wo Amir geboren wurde und die Schule besuchte. Heute lebt er mit seiner Familie in einer Holzhütte in der Nähe der Eisenbahn, unter miserablen Bedingungen. "Es war schwer, zurückzukehren. Wir haben kein Obdach, wir haben nichts. Meine Mutter arbeitete gelegentlich in Deutschland und wir lebten in Wohlstand. Wir haben unseren Vater verloren. Hier im Kosovo ist es elend", sagt Emir.

Dieser junge Roma drückt sich hauptsächlich in englischer und deutscher Sprache aus. Seine Mutter sammelt nun Coca-Cola-Dosen für den Weiterverkauf. Diese Familie hat in den sechs Monaten, seit sie in den Kosovo zurückgekehrt ist, keine Hilfe erhalten. Das Innenministerium, das für die Überwachung des Prozesses der Visa-Liberalisierung zuständig ist, hat diese Familie nicht in die albanischen Sprachkurse aufgenommen. Das Argument ist, dass Rückkehrer in verschiedenen Regionen Kosovos leben und Sprachkurse nicht dort organisiert werden können, wo die Zahl der potentiellen TeilnehmerInnen in einer Ortschaft zu niedrig ist.

Dennoch bleibt das Hauptproblem vieler wieder aufgenommenener Familien das Überleben. Die meisten von ihnen haben keine soziale Unterstützung und keine humanitäre Hilfe, sie sind oft obdachlos. Avdi Kuçi Djakovica, Gjakova, kehrte vor acht Monaten „zurück“. Er lebt im Keller des alten Hauses seines Bruders. Avdi lebte 15 Jahre in Österreich und er war gezwungen, zurück zu gehen, als der österreichische Staat aufhörte, ihm eine Aufenthaltserlaubnis auszustellen. "Es ist sehr schwer, unter solchen Bedingungen zu überleben: Kein Job, keine Sozialhilfe, kein Einkommen und keine Ersparnisse. Ich wäre nie freiwillig zurückgegangen", seufzt Avdi und fügte hinzu, dass es für seine Kinder keine Perspektive im Kosovo gibt. "Meine Kinder haben Schwierigkeiten, sich an die Situation anzupassen. Sie haben keine Arbeit und keine Chance, eine Arbeit zu finden. Das Land geht in Korruption unter".

Kosovo hat den Zyklus von Rückübernahmeabkommen mit den EU-Ländern noch nicht abgeschlossen, der Teil seiner Verpflichtungen gegenüber Brüssel ist, gemäß des "Fahrplans" der EU für die Visa-Liberalisierung. Der Innenminister, Bajram Rexhep, sagt, er versuche, soviel wie möglich für diese Gruppe von Personen zu machen. "Wir haben um mehr Haushaltsmittel und die Unterstützung durch internationale Geber gebeten. Wir versuchen, diesen Menschen eine Unterkunft anbieten, und ihnen eine Arbeit durch verschiedene Projekte zu finden. Die Strategie für die Rückübernahme umfasst mehrere Dimensionen, vom Problem der Unterkunft über Bildung und Beschäftigung", sagt Bajram Rexhepi. Der Minister macht keine Angaben über die Zahl der wiederaufgenommenen Familien, die wieder ein normales Leben führen können.

Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Inneres, gesteht, dass es wegen des schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Kontextes sehr problematisch für Familien ist, in den Kosovo wieder aufgenommen zu werden. "Was auch immer die Schwierigkeit der städtischen Behörden bei der Lösung dieser Aufgabe ist, sie haben noch eine Menge Arbeit zu tun, denn das ist Teil ihrer Verpflichtungen gegenüber der EU", sagt sie.

Offiziell sieht die Strategie der Regierung für die Rückübernahme vor, einen Großteil dessen, was zum Überleben notwendig ist, zur Verfügung zu stellen, aber die Familien, die wieder aufgenommen werden, bekommen nicht viel. Der Minister für Soziales und Arbeit, Nenad Rasic, sagt, es sei unmöglich, alle Familien, die wieder aufgenommen werden, in die Rentenprogramme und Sozialhilfe mit einzubeziehen. "Die meisten von ihnen haben keine Unterlagen, wie vom Gesetz vorgesehen. Es ist nicht immer klar, ob diese Personen früher Bewohner Kosovos waren, einige haben nicht einmal Ausweispapiere. 400 bis 500 Menschen profitieren von sozialen Programmen, aber viele bleiben ausgeschlossen", gesteht er. Zwar gibt es keine genauen Zahlen, nach Angaben des Ministeriums des Innern kehren pro Jahr aber ca. 5.000 Menschen nach Kosovo zurück.

Von 1999 bis 2006 lag die Verantwortung für die Rückführung bei der UNMIK, dem UNHCR, der IOM und anderen internationalen Organisationen. Seitdem sind die Institutionen des Kosovo für die Umsetzung der Strategie und den Aktionsplan für die Wiedereingliederung der wieder aufgenommenen Personen zuständig. Während das Ausland den nationalen Institutionen vorwirft, den Rückübernahmeprozess nicht ordnungsgemäß zu verwalten, bitten die Behörden des Kosovo, den Rückkehrprozess zu bremsen – aus Mangel an Mitteln, um die Ankunft und die Wiedereingliederung dieser Menschen zu verwalten.

Pristina behauptet auch, dass die europäischen Länder nicht ausreichend genaue Daten über die Rückkehrer kommunizieren, was den Verdacht stärke, dass einige nicht Bewohner des Kosovo sind. Laut Angaben lokaler Behörden haben „RückkehrerInnen“ oft keine Adresse und keine Dokumente, die ihrer Familienstand bestätigen. Menschen in dieser Lage dürften in Zukunft neue Kandidaten für die illegale Auswanderung sein.

Nach Informationen der Kosovo-Polizei haben rund 2.000 Menschen, die abgeschoben wurden, versucht, nach ihrer Rückkehr ins Kosovo wieder auszuwandern. Emir Berisha gesteht, er würde gerne das Land verlassen. "Wenn es nicht möglich ist, nach Deutschland zurückzukehren, bin ich bereit, irgendwo anders hinzugehen. Wir haben keine Hoffnung hier. Die Roma aus dem Kosovo leben unter miserablen Bedingungen", sagt er, und gibt zu, dass er hofft, von der Visa-liberalisierung zu profitieren.

Die „Rückübernahme“ wird ein großes Problem für den Prozess der Visa-Liberalisierung bleiben. Der integrierte Grenzschutz und die (Kontrolle der) Migration gehören zu den wesentlichen Voraussetzungen, die Kosovo erfüllen muss, um auf die "weiße Liste" der Schengen-Länder zu kommen.

Chachipe a.s.b.l.
B.p. 97, L - 7201 Béreldange
chachipe.info@gmail.com
www.romarights.wordpress.com

DIE FRANZÖSISCH-SPRACHIGE ORIGINAL-VERSION:

Le Courrier du Kosovo

Kosovo: les accords de réadmission, une catastrophe humaine et sociale

De notre correspondante à Prishtina / Traduit par Belgzim Kamberi

Sur la Toile :

Mise en ligne : mardi 10 juillet 2012

Chaque année, les pays occidentaux renvoient des milliers de personnes vers le Kosovo, au titre des accords de réadmission. Malgré les promesses des autorités de Pristina, la plupart de ces réadmis, souvent des Rroms, n'ont rien : ni logement, ni travail, ni aide sociale, ni accès à l'éducation. Beaucoup ne parlent pas albanais et sont dépourvus de documents d'identité, ce qui nourrit les doutes sur leurs liens réels avec le Kosovo...

Par Serbeze Haxhiaj

Emir Berisha parlait bien peu l'albanais quand il a débarqué un jour froid de janvier à l'aéroport de Pristina. Tout lui semblait plus dur qu'auparavant. Après avoir passé une nuit dans un hôtel près de l'aéroport, il s'est retrouvé dans la rue avec sa famille. Le retour forcé d'Allemagne pour lui, sa mère et ses trois soeurs, après 16 années passées sur le territoire allemand, est une conséquence de l'accord de réadmission signé par le Kosovo et l'Allemagne dans le cadre du processus de libéralisation des visas.

Ses parents, des Rroms de Kosovo Polje/Fushe Kosove, avaient émigré il y a vingt ans en Allemagne, où Emir est né et a été scolarisé. Aujourd'hui, il vit avec sa famille dans une baraque en bois, près de la voie ferrée, dans des conditions misérables. «C'était dur de rentrer. Nous n'avons pas d'abri, nous n'avons rien. Ma maman travaillait de temps en temps en Allemagne et nous vivions grâce à l'aide sociale. On a perdu notre père. Ici, au Kosovo, c'est la misère», explique Emir.

Ce jeune rrom s'exprime surtout en anglais et allemand. Maintenant, sa mère récolte des boîtes de coca pour les revendre. Cette famille n'a perçu aucune aide, depuis six mois qu'elle est revenue au Kosovo. Le ministère de l'Intérieur, chargé du suivi du processus de libéralisation des visas, n'a pas inclus cette famille dans les cours d'apprentissages de la langue albanaise. L'argument du ministère, c'est que les rapatriés vivent dans des régions différentes du Kosovo, et les cours d'albanais ne peuvent pas avoir lieu s'il y a trop peu de bénéficiaires dans une même localité.

Cependant, le principal problème des familles réadmisées restent celui de la survie. La majorité d'entre elles n'a aucun soutien social et humanitaire, et elles sont le plus souvent sans abri. Avdi Kuçi de Djakovica/Gjakova est «rentré» il y a huit mois. Il vit dans une cave de la vieille maison de son frère. Avdi a vécu 15 ans en Autriche et il a été forcé de rentrer, car l'Etat autrichien a cessé de lui accorder une permission de séjour. «C'est très dur de survivre dans de tels conditions, sans emploi, sans aide sociale, et sans économie familiale. Je ne serai jamais rentré volontairement», soupire Avdi, en ajoutant qu'il n'y a aucune perspective pour ses enfants au Kosovo. «Mes enfants s'accommodent difficilement de la situation. Ils n'ont pas de travail et aucune chance d'en trouver. Le pays est noyé sous la corruption».

Le Kosovo n'a pas encore achevé le cycle des accords de réadmission avec les pays de l'UE, conformément aux obligations contractées envers Bruxelles, à la suite de la «feuille de route» de l'UE pour la libéralisation. Le ministre de l'Intérieur, Bajram Rexhepi affirme qu'il essaye de faire le maximum pour cette catégorie de personnes. «Nous avons demandé plus de budget et un soutien des donateurs internationaux. On essaye de d'assurer un abri à ces personnes, de leur trouver un travail par différents projets. La stratégie pour la réadmission inclut plusieurs dimensions, depuis le

problème du logement jusqu'à la scolarisation et à l'emploi», explique Bajram Rexhepi. Le ministre ne donne pas de chiffres sur le nombre de familles réadmisées qui arrivent à se refaire une vie normale.

Cecilia Malmström, Commissaire européenne aux Affaires intérieures, reconnaît que la situation est très difficile pour les familles réadmisées au Kosovo, en raison du difficile contexte économique et social. «Quelle que soit la difficulté du défi pour les autorités locales, elles ont encore beaucoup de travail à fournir, car cela fait partie de leurs obligations contractées envers l'UE», estime-t-elle. Officiellement, la stratégie du gouvernement pour la réadmission prévoit l'essentiel nécessaire à la survie, mais les familles réadmisées ne bénéficient pas de grand chose. Le ministre des Affaires sociales et du travail, Nenad Rašić, explique qu'il est impossible d'élargir à toutes les familles réadmisées le bénéfice des programmes de pension et d'aides sociales. «La majorité d'entre elles n'ont pas les documents nécessaires prévus par la loi. Il n'est pas toujours certain que ces personnes ont bien été autrefois des résidents du Kosovo, et certains n'ont même pas de documents d'identité. 400 à 500 personnes bénéficient des programmes sociaux, mais beaucoup restent exclus», reconnaît-il. Bien qu'il n'y ait pas de données précises, quelque 5.000 personnes rentrent chaque année au Kosovo, selon le ministère de l'Intérieur.

De 1999 jusqu'en 2006, la responsabilité du rapatriement revenait à la Minuk, au UNHCR, à l'OIM et aux autres organisations internationales. Depuis, ce sont les institutions du Kosovo qui gèrent la mise en oeuvre de la stratégie et le plan d'action pour la réintégration des personnes réadmisées. Alors que les pays étrangers reprochent aux institutions nationales de ne pas gérer correctement le processus de réadmission, les autorités du Kosovo appellent à freiner le processus des retours, en raison du manque de moyens pour gérer l'arrivée et la réinsertion de ces personnes.

Pristina affirme aussi que les pays européens ne communiquent pas assez de données précises sur les rapatriés, renforçant ainsi le soupçon que certains ne seraient pas des résidents du Kosovo. Selon les autorités locales, ces personnes n'ont souvent pas d'adresse et aucun document confirmant leur état civil. Cette situation risque d'en faire dans l'avenir de nouveaux candidats à l'émigration clandestine.

Selon la police du Kosovo, quelque 2.000 rapatriés ont essayé d'émigrer à nouveau après leur retour au Kosovo. Emir Berisha reconnaît qu'il aimerait quitter le pays. «Si ce n'est pas possible de revenir en Allemagne, je suis prêt à aller n'importe où ailleurs. Nous n'avons aucun espoir ici. Les Roms du Kosovo vivent dans des conditions misérables», explique-t-il en reconnaissant qu'il espère bien profiter d'une éventuelle libéralisation des visas.

La réadmission reste un problème majeur pour le processus de libéralisation des visas. La gestion intégrée des frontières et l'émigration font partie des conditions essentielles que le Kosovo doit remplir avant d'être inscrit sur «liste blanche» de Schengen.

Chachipe a.s.b.l.
B.p. 97, L - 7201 Bérelange
chachipe.info@gmail.com
www.romarights.wordpress.com